

Ein New Deal für Europa

Von **Thomas Piketty**

Die Zahl derer, die für die extreme Rechte stimmen, hat sich in Frankreich binnen weniger Jahre von 15 auf 30 Prozent verdoppelt. In einer Reihe von Regionen genießt sie jetzt Zustimmungsraten von bis zu 40 Prozent. Dass es so weit gekommen ist, liegt am Zusammenspiel diverser Faktoren: am Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Fremdenfeindlichkeit, tiefer Enttäuschung über die Bilanz der regierenden Linken und schließlich das Aufkommen eines Gefühls, man habe so gut wie alles ausprobiert – jetzt sei es an der Zeit, es mit etwas ganz Neuem zu versuchen. Das ist der Preis für den desaströsen Umgang mit der Finanzkrise, die 2008 von den Vereinigten Staaten ausging, und die wir durch eigene Schuld in eine europäische Dauerkrise verwandelt haben. Die Verantwortung dafür liegt bei Institutionen und politischen Entscheidungen, die sich als gänzlich unangemessen erwiesen. Ganz besonders gilt das für die Eurozone mit ihren 19 Mitgliedstaaten. Wir haben eine Einheitswährung, aber 19 unterschiedliche Staatshaushalte und Verschuldungsgrade, 19 verschiedene Zinssätze für Staatsanleihen, mit denen die Finanzmärkte nach Belieben spekulieren, und schließlich 19 unterschiedliche Unternehmenssteuersätze in ungezügelter Konkurrenz miteinander – dies alles ohne einen gemeinsamen sozial- und bildungspolitischen Unterbau. So etwas kann unmöglich funktionieren, weder jetzt noch irgendwann.

Nur eine wirkliche, demokratische und soziale Neugründung der Eurozone, dazu bestimmt, Wachstum und Beschäftigung zu fördern, und gruppiert um einen kleinen harten Kern von Ländern, die gewillt sind, mit gutem Beispiel voranzugehen und sich ihre eigenen Institutionen zu schaffen – nur eine

solche Neugründung wird den hasserfüllten nationalistischen Impulsen entgegenwirken können, die jetzt ganz Europa bedrohen. Im vergangenen Sommer hat der französische Präsident Francois Hollande nach dem griechischen Fiasko begonnen, den Gedanken eines neu zu schaffenden Parlaments der Eurozone wiederzubeleben. Frankreich sollte jetzt seinen Hauptpartnern einen konkreten Vorschlag hierzu unterbreiten und auf eine Kompromisslösung hinarbeiten. Geschieht dies nicht, so werden allein jene Länder die Agenda bestimmen, die sich für nationale Abschottung entschieden haben – das Vereinigte Königreich, Polen und andere mehr.

Wichtig wäre, dass die führenden Politiker Europas – insbesondere die französischen und die deutschen – zunächst einmal ihre Irrtümer zugeben. Man kann ohne Ende über Reformen aller Art debattieren, die in diversen Ländern der Eurozone durchgeführt werden sollten: geänderte Ladenschlußzeiten, effektivere Arbeitsmärkte, Liberalisierung des Fernbusverkehrs, Ruhestands- und Rentenstandards und so weiter. Einige der Reformverstöße sind sinnvoll, andere weniger. Wie auch immer – Versäumnisse auf diesem Gebiet erklären keineswegs, warum das BIP der Eurozone zwischen 2011 und 2013 plötzlich regelrecht abstürzte, während doch die US-Wirtschaft sich im gleichen Zeitraum bereits erholte. Inzwischen dürfte außer Frage stehen, dass die wirtschaftliche Erholung in Europa dadurch abgewürgt wurde, dass man zwischen 2011 und 2013 zu hastig versuchte, Haushaltsdefizite zu beschneiden – und nicht zuletzt auch dadurch, dass in Frankreich die Steuern viel zu stark erhöht wurden. Die Anwendung realitätsblinder Haushaltsregeln hat dafür gesorgt, dass das BIP der Eurozone noch immer nicht das Niveau von 2007 erreicht hat. Erst die verspäteten EZB-Interventionen und der neue Haushaltsvertrag von 2012 (der den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM mit einem Budget von 700 Mrd. Euro schuf und den Übergang zur Schuldenvergemeinschaftung ermöglicht), konnte schließlich das Feuer

löschen – ohne aber die zugrunde liegenden Probleme zu beheben. Die wirtschaftliche Erholung bleibt zaghaf und die Vertrauenskrise innerhalb der Eurozone hält an.

Was muss jetzt geschehen? Wir sollten eine Schuldenkonferenz der Eurozonenmitglieder organisieren - ganz nach dem Muster der nach dem Zweiten Weltkrieg abgehaltenen, die damals besonders Deutschland entlastete. Ziel wäre es, die öffentliche Verschuldung insgesamt zu verringern, ausgehend von einem Verteilungsschlüssel, der auf den seit Krisenbeginn aufgelaufenen Schuldenzuwächsen basiert. In einer ersten Phase könnte man alle Staatsschulden, die 60 Prozent des BIP überschreiten, in einen Gemeinschaftsfonds überführen. Für die Rückzahlung sollte ein Moratorium bis zu dem Zeitpunkt gelten, an dem jedes Land sich wieder auf – verglichen mit 2007 – robustem Wachstumskurs befindet. Alle historische Erfahrung weist in diese Richtung: Von einer bestimmten Schwelle an wird es sinnlos, jahrzehntelang Schulden zurückzuzahlen. Ratsamer ist es da – selbst aus dem Blickwinkel der Gläubiger -, die Schuldenlast zu erleichtern, damit in Wachstum investiert werden kann. Ein solches Vorgehen erfordert eine neuartige, demokratische Governance, eine Regierungsführung, die zugleich sicherstellt, dass derartige Katastrophen sich nicht wiederholen. Konkret gesagt erfordert die Einbeziehung der Steuerzahler wie der nationalen Staatshaushalte die Schaffung eines eigenen Parlaments der Eurozone, das sich - proportional zur Bevölkerungszahl eines jeden Landes – aus Abgeordneten der nationalen Parlamente zusammensetzt. Dieser Parlamentskammer sollte auch das Recht übertragen werden, einer gemeinschaftliche Unternehmenssteuer für die Eurozone zu beschließen, weil andernfalls das Steuerdumping und Skandale wie „LuxLeaks“ nie aufhören werden. Diese Gemeinschaftssteuer würde es ermöglichen, ein Investitionsprogramm zu finanzieren, das Infrastrukturen und Hochschulen

zugute kommt. Wir sollten massiv in Innovationen und in die Jugend investieren. Europa hat alle Trümpfe in der Hand, das beste Sozialmodell der Welt bieten zu können: Hören wir endlich auf, unsere Chancen zu verspielen!

Künftig sollte auch über das Niveau der Staatsverschuldung in diesem neuen Rahmen entschieden werden. In Deutschland fürchten manche, in einem solchen Parlament in die Minderheit zu geraten, weshalb sie es vorzögen, an der Logik automatischer Haushaltskriterien festzuhalten. Doch war es ja in erster Linie die Umgehung der Demokratie durch rigide Regeln, die uns an den Rand des Abgrunds geführt hat. Es ist an der Zeit, mit dieser Logik zu brechen.

Würden Frankreich, Italien und Spanien (mit ihrem rund 50 prozentigen Anteil an der Bevölkerung und am BIP der Eurozone gegenüber Deutschland mit kaum über 25 Prozent) präzise Vorschläge für ein Eurozonenparlament vorlegen, so würde man eine Kompromisslösung finden müssen. Sollte Deutschland sich, was weniger wahrscheinlich ist, stur verweigern, so würde es sehr schwierig, die Anti-Euro-Diskurse noch zu entkräften.

Bevor wir bei einem Plan B und dem Euroausstieg landen, für den die extreme Rechte wirbt und der auch der extremen Linken immer verlockender erscheint, sollten wir lieber endlich einem echten Plan A eine reelle Chance geben.

Aus: Le Monde, Übers. Karl D. Bredthauer, Blätter für deutsche und internationale Politik 3`16